
Oskar Lafontaine

Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle

Oskar Lafontaine, geb. 1943 in Saarlouis, Studium der Physik in Bonn und Saarbrücken, war von 1976 bis 1985 Oberbürgermeister von Saarbrücken. Seit 1985 ist er Ministerpräsident des Saarlandes und seit 1987 stellvertretender Vorsitzender der SPD. Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Fortschritt '90“ war er maßgeblich an der Erarbeitung eines Regierungsprogramms der SPD beteiligt, deren Kanzlerkandidat er bei den Bundestagswahlen 1990 ist.

Die Teilung Deutschlands und Europas gehört der Vergangenheit an. Seit dem 3. Oktober leben alle Deutschen wieder unter einem staatlichen Dach. Das Ende der Nachkriegsära schafft die Voraussetzungen dafür, daß alle Bürgerinnen und Bürger des geeinten Deutschland zukünftig in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Mehr noch: Die durchgreifenden Erfolge in der Ost-West-Entspannung bieten erstmals seit Kriegsende die Chance, den Frieden im Rahmen eines neuen, gesamteuropäischen Sicherheitssystems dauerhaft zu stabilisieren und das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen Ost und West schrittweise abzubauen. Ein so geeintes Europa wird einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger und Not in der Welt leisten können.

Wir stehen an der Schwelle einer neuen Epoche. Jetzt gilt es, die Weichen zu stellen für ein modernes, ein fortschrittliches Deutschland. Ein Deutschland, von dem Frieden ausgeht nach innen wie nach außen. Ein Deutschland, das seiner Verantwortung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gerecht wird und sich für die wirtschaftlich schwachen Länder dieser Welt einsetzt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat mit dem Berliner Grundsatzzprogramm und den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Fortschritt '90 ein Konzept erarbeitet, das den großen Herausforderungen der neunziger Jahre Rechnung trägt: ein Konzept, das sich nicht beschränkt auf die bloße Verwaltung sozialer und ökologischer Probleme, sondern die Ursachen der Fehlentwicklungen benennt und zukunftssträchtige Lösungen aufzeigt. Denn einen gespaltenen Fortschritt, der es einem Teil der Menschheit ermöglicht, auf Kosten sozialer und kultureller Minderheiten, auf Kosten nachfolgender Generationen in Wohlstand zu leben, einen derart gespaltenen Fortschritt wird es mit uns Sozialdemokraten nicht geben.

Wir wollen ein modernes Deutschland; ein Deutschland des Wohlstandes und der sozialen Gerechtigkeit für alle; ein Deutschland, das sich solidarisch mit den zukünftigen Generationen seiner Verantwortung für Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bewußt ist. Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft muß das Kernstück des modernen Deutschland sein. Wir werden die gesellschaftliche Gleichstellung von Frau und Mann, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig verbessern. Und wir werden die Erfahrungen, die sozialdemokratische Regierungen mit sozialverträglichen Umstrukturierungen an der Küste, im Ruhrgebiet und an der Saar gesammelt haben, einbringen und dafür sorgen, daß der Erhalt von Arbeitsplätzen und die soziale Vorsorge zum Dreh- und Angelpunkt wirtschaftlicher Umstrukturierungsmaßnahmen in der ehemaligen DDR werden. Unser Ziel war, ist und bleibt eine gerechte Gesellschaft ohne Privilegien, Diskriminierung und Ausgrenzung; eine weltoffene Gesellschaft, die kulturelle Minderheiten schützt und fördert. In diesem Ziel wissen wir uns einig mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Für das Ziel werden wir auch in Zukunft gemeinsam kämpfen.

Umwelt schützen -Arbeit schaffen

Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist die zentrale Herausforderung der neunziger Jahre. Investitionen in die Umwelt sichern das Überleben nachfolgender Generationen und schaffen zukunftsträchtige und damit sichere Arbeitsplätze. Dies gilt auch und insbesondere für die wirtschaftliche und ökologische Sanierung der ehemaligen DDR. Die SPD fordert beschäftigungswirksame Infrastruktur- und Umweltinvestitionen. Vorrangig müssen die Altlasten abgetragen, muß die Sanierung alter und der Bau neuer moderner Kläranlagen vorangetrieben, ein leistungsfähiges Telekommunikationsnetz geschaffen und ein bedarfsgerechtes und umweltverträgliches Verkehrssystem aufgebaut werden. Dabei sollen Bahn und ÖPNV Vorrang vor dem Individualverkehr haben, soll ein Tempolimit eingeführt und der Katalysator mit US-Grenzwerten ab 1992 für alle Neuwagen verbindlich vorgeschrieben werden.

Viele Betriebe in den neuen Bundesländern sind zusammengebrochen, die Arbeitslosigkeit hat dramatisch zugenommen, Menschen sind auf der Strecke geblieben. Dieser Negativ-Trend kann und muß gestoppt werden durch Entschuldung überlebensfähiger Betriebe, gezielte Hilfen für die Landwirtschaft und Sofortmaßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir wollen:

- eine Qualifizierungsoffensive besonders für Arbeitslose; dazu dienen auch die zu schaffenden Beschäftigungsgesellschaften und eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Arbeitsämter;
- eine Förderung von beschäftigungswirksamen Privatinvestitionen; deshalb haben wir dafür gesorgt, daß nach dem Einigungsvertrag die Hilfen so zu gestalten sind, daß Investitionen in den neuen Ländern bessergestellt werden als in den bisherigen Fördergebieten;
- beschäftigungsintensive Infrastruktur- und Umweltinvestitionen; im Rahmen unseres Programms „Arbeit und Umwelt“ sollen Investitionen für umweltschonende Energieversorgung, Verkehr, Wohnen und Beseitigung von Umweltaltlasten vorgezogen werden, die ohne lange Vorlaufzeiten begonnen werden müssen und sofort Arbeitsplätze schaffen;
- die Förderung von Existenzgründungen;
- den Ausstattungsrückstand der Forschungsinstitute beheben.

Mit regionalen konzertierten Aktionen unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Wirtschaft wollen wir die vorhandenen Kräfte bündeln, um die Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft möglichst schnell zu erreichen.

Die Energieversorgung in den neuen Ländern ist einseitig auf die Braunkohle ausgerichtet. Anhand eines neuen Energiekonzeptes wollen wir dies ändern. Deshalb werden wir ein Energiesparprogramm erstellen, um die rationellere Energienutzung in Gebäuden, den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung bei Nah- und Fernwärme sowie den Einsatz erneuerbarer Energien zu beschleunigen. Zu einer rationellen Nutzung der Energie wollen wir auch

dadurch anreizen, daß wir die Subventionen für Strom und Wärme in einem sozialverträglichen Ausmaß kürzen. Die höheren Erlöse tragen zur Finanzierung des Modernisierungsprogramms bei.

Auch wenn die SPD den Stromvertrag der Energieversorgungsunternehmen der Bundesrepublik mit der DDR nicht verhindern konnte, wollen wir für das geeinte Deutschland sobald wie möglich einen neuen energiepolitischen Rahmen. Wir wollen das Energiewirtschaftsgesetz novellieren und die Energieversorgungsunternehmen zu Energiedienstleistungsunternehmen umwandeln. Wir wollen den Aufbau einer dezentralen Versorgungsstruktur durchsetzen, die hauptsächlich von den Kommunen getragen wird, den Vorrang für eine rationelle Energienutzung, die Einführung linearer Stromtarife und schärferer Wärmeschutzstandards, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien und die Vermeidung von Energieversorgungsmonopolen.

Die Energieversorgung in Deutschland darf nicht völlig vom Ausland abhängig werden. Eine gewisse Eigenständigkeit ist nur solange gewährleistet, wie ein ausreichender Versorgungssockel an heimischer Kohle zur Verfügung steht. Die entsprechende Regelung einer ökologisch verträglichen Kohleverstromung ist unabdingbar. Die SPD hält an ihrer Forderung nach einem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie fest.

Erhalt und Neubau von menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnungen werden für die Bürgerinnen und Bürger in beiden Teilen Deutschlands eine vordringliche Aufgabe, insbesondere für Alleinerziehende und Familien mit Kindern. Die Vereinigung löst nicht die Wohnungsprobleme in der heutigen Bundesrepublik. Unser Wohnungsbauprogramm erhält und schafft zudem viele Arbeitsplätze. Wir brauchen auf absehbare Zeit allein in Westdeutschland jährlich mindestens 350 000 neue Wohnungen, darunter 100 000 bis 120 000 echte Sozialwohnungen.

Neben der Förderung des sozialen Wohnungsbaus kommt es auf die Belebung der privaten Bautätigkeit an. Breite Schichten der Bevölkerung sollen in ihren eigenen vier Wänden leben können. Dazu werden wir die steuerliche Förderung vom Freibetrag hin bis zu einem fest kalkulierbaren Abzug von der Steuerschuld umstellen, direkte Zinshilfen einführen und Energiesparinvestitionen im Eigenheimbereich wieder direkt fördern.

Im geeinten Deutschland muß es ein soziales Mietrecht geben. Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen gehört zu den sozialen Grundrechten. Deshalb ist es in Zeiten wachsender Wohnungsnot besonders wichtig, die soziale Funktion des Wohnungsbestandes zu sichern. Wohnungsbau braucht Planungssicherheit und eine mittelfristige Perspektive. Bei aller Dringlichkeit, neue Wohnungen zu bauen: Die Erweiterung des Bestandes muß sich in eine ökologisch und infrastrukturell sinnvolle Stadtentwicklung einfügen.

Für die neuen Länder sind besondere Maßnahmen notwendig, um das Wohnen in attraktiven Städten und Dörfern sicherzustellen. Dabei haben die existentiellen Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger Vorrang vor extensiven Privatisierungs- und Spekulationsabsichten im Wohnungsbau. Die soziale Funktion des Wohnens hat Vorrang vor der privaten Renditeerwartung von Wohnungsspekulanten und privaten Investoren.

Soziale Sicherheit - gesicherte Arbeitsverhältnisse

Gemeinsam mit den Gewerkschaften hat die SPD den Sozialstaat erkämpft. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir ihn erhalten und ausbauen. Dabei sind wir uns einig: Die tragenden Säulen eines Sozialstaates sind staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird ein arbeitsrechtliches Sofortprogramm vorlegen und damit unter anderem das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz aufheben, Teilzeitkräfte wirksam schützen und geringfügig Beschäftigte in die Sozialversicherung einbeziehen. Die von CDU und FDP durchgesetzten Verschlechterungen zu Lasten der Schwerbehinderten müssen unverzüglich zurückgenommen und die Ausgleichsabgabe für jeden nicht besetzten Pflichtplatz muß verdoppelt werden.

So unabdingbar es ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen, so unabdingbar ist es auch, die vorhandene Arbeit gerecht zu verteilen. Die Politik der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung, durch die der Anstieg der Beschäftigung in den letzten Jahren nur möglich war, bedarf der Absicherung durch den Gesetzgeber. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt zur Umsetzung bereit. Mit der SPD wird es keine Ausweitung der Sonn- und Feiertagsarbeit geben. Im Gegenteil: Nur organisatorisch, aber nicht wirtschaftlich bedingte Arbeit wird die SPD an diesen Tagen zulassen. Im übrigen: Wer für einen freien Sonntag eintritt, muß auch den Samstag schützen. Die SPD tritt für ein weitestgehend arbeitsfreies Wochenende ein.

Mehrarbeit ist beschäftigungsfeindlich, durch eine Eingrenzung können kurzfristig rund 200 000 Arbeitsplätze freigemacht werden. Dafür muß der Gesetzgeber sorgen. Außerdem: Durch überlange Arbeitszeiten steigen die Unfallrisiken. Auch das ist ein wichtiger Grund, Mehrarbeit nur sehr eingeschränkt zuzulassen.

Die SPD anerkennt die besondere Schutzbedürftigkeit jugendlicher Arbeitnehmer. Wir fordern deshalb ein Programm, das sicherstellt, daß arbeitslose Jugendliche - ebenso wie Langzeitarbeitslose - einen Arbeitsplatz erhalten. Ungeschützte Arbeitsverhältnisse darf es grundsätzlich nicht geben. Illegale Leiharbeit werden wir mit Entschiedenheit bekämpfen.

Zur sozialen Sicherheit gehört unabdingbar die Sicherheit der Renten. Mit der Rentenreform 1992 ist die Finanzierung der Alterssicherung zwar auf län-

gere Sicht gewährleistet. Aber schon in den neunziger Jahren müssen wir damit beginnen, die Weichen für den weiteren Weg der Alterssicherung zu stellen. Die von der SPD durchgesetzte Berichtspflicht der Bundesregierung, ab 1997 die finanz- und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen höherer Altersgrenzen darzulegen, wird die Grundlage für die Entscheidung über eine wünschenswerte Revision der angegebenen Altersgrenzen bilden. Eine Option für die SPD ist ein Arbeitgeberbeitrag, der sich nicht ausschließlich an der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme, sondern auch an der gesamten Wertschöpfung des Betriebes orientiert, also die Gewinne, Zinsen und Abschreibungen erfaßt. Unser Ziel ist es, in der nächsten Wahlperiode ein geschlossenes Konzept zur Alterssicherung der Frauen (unter Berücksichtigung von in Betrieben mithelfenden Familienangehörigen) sowie für die Neuordnung des Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrechts (Rehabilitation und Frühinvalidität) vorzulegen.

Ein weiteres wichtiges Reformvorhaben ist die Schaffung einer sozialen Grundsicherung. Die SPD hat durchgesetzt, daß die Mindestrenten in den neuen Ländern für eine Übergangszeit erhalten bleiben. Bis zu der von uns gewollten Einführung der sozialen Grundsicherung bei Alter und Invalidität in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode müssen die Mindestrenten angepaßt werden. Politische Glaubwürdigkeit setzt eine solide Finanzierung voraus. Deshalb sagen wir: Eine soziale Grundsicherung auch bei Arbeitslosigkeit und die Verbesserung des Leistungsniveaus werden erst möglich, wenn die Finanzierbarkeit gegeben ist.

Die SPD unterstreicht nachhaltig die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verbesserung des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes erarbeitet, der die einzelnen Verbesserungsforderungen des DGB enthält und der noch in den 11. Bundestag eingebracht wurde.

Das auf dem Münsteraner Parteitag verabschiedete Sozialpolitische Programm der SPD enthält das Konzept einer grundlegenden Reform unseres Gesundheitswesens, das sich die Sicherung einer qualitativ hohen und wirtschaftlich leistungsfähigen Gesundheitsversorgung der Menschen zum Ziel gesetzt hat. Dieses Ziel muß in ganz Deutschland gleichermaßen verwirklicht werden. Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung müssen bei dieser Reform den gleichen Stellenwert erhalten wie die kurative Medizin.

Nur eine gesicherte finanzielle Grundlage für das gesamte Gesundheitswesen ermöglicht die notwendige bessere personelle Ausstattung, vor allem im pflegerischen Bereich. Dies wollen wir mit unserer Gesundheitsreform erreichen. Im Regierungsprogramm Fortschritt '90 haben wir hierzu die ersten Schritte aufgezeigt: Wir streben eine bessere Absicherung gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit an. Dazu wollen wir eine neue „Gesetzliche Pflegeversicherung“ als weiteren Sozialversicherungszweig einführen, der organisatorisch von der Krankenversicherung durchgeführt wird, aber getrennt von ihr

mit eigenen Haushalten über Beiträge finanziert wird. Diese Beiträge sollen je zur Hälfte vom Versicherten und seinem Arbeitgeber aufgebracht werden. Als Einstieglösung soll die Pflegeversicherung als Leistungen ein nach Grad der Pflegebedürftigkeit gestaffeltes Pflegegeld, die Übernahme von Rentenversicherungsbeiträgen für pflegende Personen sowie die Kosten für eine vierwöchige Vertretung von Pflegepersonen beim zu Pflegenden einmal im Jahr gewähren.

Im Regierungsprogramm Fortschritt '90 ist die Rücknahme der mit dem sogenannten „Gesundheitsreformgesetz“ eingeführten Selbstbeteiligungsregelungen vorgesehen. Korrigieren wollen wir aber auch die Kürzungen beim Sterbegeld sowie die Einführung der Kostenerstattung bei Kieferorthopädie und Zahnersatz. Das Festbetragskonzept bei Arzneimitteln muß durch das Konzept einer Arzneimittelpreisliste ersetzt werden.

Recht auf Aus- und Weiterbildung sichern

Bei der Modernisierung unserer Volkswirtschaft, bei der Festigung der Demokratie, bei der Bewältigung des Strukturwandels in Ost und West, bei der Vermeidung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit hat die Weiterentwicklung des Bildungssystems eine zentrale Bedeutung. Das gilt für die berufliche Erstausbildung, für die Hochschule und die Weiterbildung. Im Prozeß der deutschen Einigung muß hier ein erheblicher Nachholbedarf abgedeckt und beim Fortschreiten der europäischen Einigung den erhöhten Anforderungen an berufliche und allgemeine Kompetenzen entsprochen werden.

Bildung muß allen offenstehen. Auszubildende und Studenten sind so zu unterstützen, daß sie in eigener Verantwortung ihren Berufsweg gehen können. Das BAföG muß für Studierende an die von den Studentenwerken ermittelten Lebenshaltungskosten angehoben werden. Die Darlehenshöhe muß reduziert und die Rückerstattung des Darlehens auf das spätere Einkommen bezogen und sozial gerecht gestaffelt werden.

Wir wollen die Weiterbildungsmaßnahmen für zuvor Arbeitslose deutlich verstärken (und dabei den Frauenanteil erhöhen) sowie den Weiterbildungsurlaub ausweiten. Die Aus- und Weiterbildung muß auch zur dauerhaften Sicherung der neuen Länder als Industriestandorte beitragen. Dabei können - ausweislich der Krisenerfahrungen in der westdeutschen Stahlindustrie zum Beispiel an der Saar - Beschäftigungsgesellschaften helfen. In ihnen werden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die nicht in den Unternehmen verbleiben können, aus verschiedenen Betrieben zusammengefaßt. Sie bündeln Beratungs- und Qualifizierungsangebote und steuern den Einsatz der Betroffenen auf neugeschaffenen Arbeitsplätze. Ihre Finanzierung erfolgt aus öffentlichen Mitteln, über die Treuhandanstalt, die EG und aus Unternehmens- und Spendenmitteln. Die Beschäftigungsgesellschaft ist die Organisationsform auf Zeit, um Personalanpassungen sozialverträglich vorzunehmen. Sie ermöglicht auch, besonders benachteiligte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer übergangsweise sinnvoll zu beschäftigen.

Mitbestimmung sichern und ausbauen, Streikfähigkeit erhalten

Die Demokratie endet nicht vor den Toren von Betrieben und Unternehmen. Ein modernes, ein fortschrittliches Deutschland braucht eine Demokratisierung der Wirtschaft, eine Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Sagen und Haben. Wir müssen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften mehr Chancen zur Mitgestaltung der Arbeit und zur Durchsetzung der Gleichberechtigung am Arbeitsplatz geben. Humanisierung der Arbeit und betrieblicher Umweltschutz müssen endlich herausragenden Rang erhalten. Die Bedingungen für eine Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital müssen verbessert werden.

Wir werden ein Arbeitsrechtliches Sofortprogramm der ersten 100 Tage vorlegen, denn wir wollen das unsoziale, sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz aufheben, Teilzeitkräfte wirksam schützen und geringfügig Beschäftigte in die Sozialversicherung einbeziehen, Frauen vor Diskriminierung im Arbeitsleben besser schützen und die Chancengleichheit bei Arbeitskämpfen wiederherstellen. Als erster Schritt muß der Anti-Streikparagraph 116 im Arbeitsförderungsgesetz geändert werden. Außerdem werden wir in die parlamentarischen Beratungen einbringen:

- ein modernes und fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz, denn das geltende Recht wird den technischen Herausforderungen nicht mehr gerecht,
- ein neues Arbeitszeitgesetz, denn die seit 1938 bestehende Arbeitszeitordnung ist überholt,
- ein Gesetz zur umfassenden Gleichstellung von Frau und Mann im Berufsleben,
- ein Gesetz zur Wiederherstellung der Chancengleichheit im Arbeitskampf, mit dem die Rechte von Gewerkschaften, Betriebsräten und einzelnen Arbeitnehmern im Arbeitskampf vor Macht und Willkür geschützt werden,
- ein Arbeitsverhältnisgesetz, in dem beispielsweise die Grundrechte am Arbeitsplatz, die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten und die Arbeitnehmerhaftung geregelt werden,
- ein Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung, der Schwarzarbeit und der Umgehung des Arbeits- und Sozialrechts,
- ein Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz,
- ein Gesetz zur gleichberechtigten und gleichwertigen Unternehmensmitbestimmung auf der Grundlage des Montanmitbestimmungsgesetzes.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen

Die SPD tritt ein für die gesellschaftliche Gleichberechtigung von Frau und Mann. Um die Benachteiligung von Frauen im Berufsleben zu beseitigen, werden wir ein Gleichstellungsgesetz verabschieden: Der berufliche Aufstieg von Frauen soll stärker gefördert, Gleichstellungsbeauftragte sollen abgesichert, Verstöße gegen dieses Gesetz strikt geahndet werden. Entsprechend

dem prozentualen Anteil weiblicher Arbeitsloser müssen Frauen in die Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen werden.

Wir wollen die Erwerbsarbeit familienverträglicher gestalten. Dazu gehört der dringend erforderliche Ausbau von möglichst ganztägiger Kinderbetreuung, das heißt von Kindergärten, Kinderkrippen, Ganztagschulen und Horten. Als erster Schritt werden wir einen Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung im Jugendhilfegesetz für alle Kinder im entsprechenden Alter gesetzlich verankern und stufenweise umsetzen. Auch der bezahlte Sonderurlaub, den erwerbstätige Mütter und Väter zur Betreuung erkrankter Kinder erhalten, wird ausgebaut; dabei sind die besonderen Belastungen Alleinerziehender zu berücksichtigen. Wir wollen eine gute Betreuung von Kleinstkindern. Deshalb muß der Arbeitsplatz für den betreuenden Elternteil für mindestens drei Jahre gesichert sein, aber auch Kinderkrippen- und Tagespflegeplätze müssen ausgebaut werden.

Auch in der Gleichstellungs- und Familienpolitik geht es um mehr soziale Gerechtigkeit. Die materiellen Belastungen, vor allem für jüngere Familien, sind zu hoch und im Vergleich zu kinderlosen Ehepaaren ungerecht verteilt. Wir wollen deshalb ein erhöhtes, einheitliches Kindergeld von mindestens DM 200 monatlich für jedes Kind (also auch bereits für das erste Kind, da dieses für die meisten Familien mit der größten finanziellen Belastung verbunden ist); für kinderreiche Familien gibt es einen zusätzlichen Familienzuschlag von DM 100 pro Monat und Kind ab dem vierten Kind.

Die SPD steht ein für den Schutz des ungeborenen Lebens. Deshalb werden wir in der nächsten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs einbringen, der folgende Kriterien erfüllt:

- wirksamer Schutz des werdenden Lebens;
- Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der Frauen;
- Verpflichtung des Staates zu umfassender sozialer Hilfe für Schwangere.

Die entsprechenden Vorschriften werden wir außerhalb des Strafrechts gesetzlich verankern. Weil wir den Schutz des werdenden Lebens durch wirksame soziale Unterstützung sicherstellen wollen, schaffen wir Rechtsansprüche auf konkrete Hilfe für Schwangere in Konfliktsituationen sowie ein flächendeckendes und plurales Netz von Beratungseinrichtungen. Entschieden sich eine Frau für einen Schwangerschaftsabbruch, dann ist er in den ersten drei Monaten durchzuführen und straffrei zu stellen.

Auf bewährter Grundlage eine neue Verfassung schaffen

Die SPD hat sich in ihrem Berliner Grundsatzprogramm für mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes an gesellschaftlichen Entscheidungen ausgesprochen. Das gilt auch und insbesondere für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die durch das Votum der gesamten deutschen Bevölkerung in Kraft gesetzt werden muß. Die Vorschläge zur Ände-

zung, Präzisierung und/oder Ergänzung des Grundgesetzes werden von einem Verfassungsrat erarbeitet.

Die SPD will Umweltschutz, Arbeit, Wohnen, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Kultur mindestens als Staatsziele sowie ein Verbot von Massenvernichtungsmitteln und Einschränkungen des Kriegswaffenexportes, ein Aussperrungsverbot und die Stärkung von Bürgerbeteiligung in der Verfassung verankern.

Für ein demokratisches Europa, für eine Welt des Friedens

Die SPD steht ohne Wenn und Aber für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Das ist nicht allein ein Gebot der menschlichen und politischen Solidarität gegenüber den jungen Demokratien in Osteuropa, es liegt auch im ureigensten Interesse Deutschlands und der EG: Nur wenn es den mittel- und osteuropäischen Demokratien gelingt, den Anschluß an die ökonomische und ökologische Entwicklung Westeuropas zu finden, können neue soziale Verwerfungen verhindert werden, wird der Eiserne Vorhang nicht durch einen vergoldeten ersetzt. Denn für den inneren wie für den äußeren Frieden gilt: Nationale Fragen sind vor allem auch soziale Fragen.

Um den ökonomischen und sozialen Ausgleich und damit ein friedvolles und demokratisches Zusammenleben in den Ländern Europas voranzutreiben, müssen die europäischen Institutionen gestärkt und dem Europäischen Parlament die Rechte eingeräumt werden, wie sie der freigewählten Volksvertretung in einer Demokratie zustehen. Gleichzeitig gilt es, die Länder und Regionen in den Staaten Europas zu stärken. Denn das Europa der Zukunft wird und muß föderativ verfaßt sein.

Die deutsche Einheit wäre ohne die durchgreifenden Erfolge der Entspannungspolitik zwischen Ost und West nicht denkbar gewesen. Jetzt ist es an uns, eine neue Friedensordnung für Europa zu schaffen. Die SPD tritt ein für drastische Abrüstungsschritte:

- Stopp für Großwaffensysteme, insbesondere den Jäger 90;
- Halbierung der Streitkräfte;
- Beendigung der militärischen Tiefflüge und deutliche Reduzierung der Manöver;
- Verringerung der militärischen Einrichtungen;
- Verbot der Rüstungsexporte in Entwicklungsländer, Spannungsgebiete, Diktaturen und solche Länder, in denen Menschenrechte oder das Volksrecht verletzt werden;
- Wahlfreiheit zwischen einem einheitlich neun Monate dauernden Grund- und Zivildienst;
- Kürzung des ersten gesamtdeutschen Verteidigungshaushaltes um mindestens 9 Milliarden DM;
- sofortige Aufgabe der Vorverteidigung und des atomaren Ersteinsatzes;
- atomwaffenfreie Zone für Gesamtdeutschland;

- Verbot der biologischen und chemischen Massenvernichtungsmittel;
- Auflösung der Militärblöcke und Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems im Rahmen der KSZE;
- Förderung der Rüstungskonversion durch eine gezielte Industrie-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik.